Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,80 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: Carl Hoffmann in Bielefeld.

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis 10 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht“ Schumann & Co., Bielefeld.

Nr. 17. Bielefeld, Dienstag, 21. Januar 1896. 7. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

19. Sitzung vom 20. Januar, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf von Posadowsky, Dr. von Stephan, Dr. Fischer.

Präsident von Buol eröffnet die Sitzung.

Das Haus tritt in die zweite Lesung des Etats ein. Die Beratung beginnt mit dem Etat der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung und dem Etat der Reichsdruckerei.

Beim Titel „Staatssekretär“ (24 000 Mk.) nimmt das Wort:

Staatssekretär Dr. von Stephan, der ein Bild der Entwickelung des Post- und Telegraphenwesens in Deutschland während der letzten 25 Jahren giebt. Das Netz der Anstalten ist größer als in einem anderen Lande Europas, nur das Gebiet der Vereinigten Staaten übertrifft Deutschland, was wegen der Größe des amerikanischen Gebietes nur natürlich ist. Auf je sieben Dörfer im ganzen deutschen Gebiet entfällt jetzt schon eine Postanstalt, im ganzen giebt es jetzt 28 263 Postanstalten und 17 800 Telegraphenanstalten. Die Zahl der Post- und Telegraphenbeamten ist von 42 000 auf 155 000 gestiegen, die der Postkarten von 7 auf 441 Millionen gestiegen, im ganzen sind 2½ Milliarden Postsendungen bestellt worden. Auch die Ueberschüsse sind gestiegen, die die Verwaltung an die Reichskasse abliefern konnte: sie beziffern sich heute auf 25½ Millionen.

Die Diskussion wird eröffnet. Zur Beratung steht folgende Resolution der Etat-Kommission: „Der Reichstag wolle den Beschluß wiederholen, den Reichskanzler zu ersuchen, veranlassen zu wollen:

daß die Annahme und Bestellung gewöhnlicher Packete von der Reichspost an Sonn- und Feiertagen, mit Ausnahme der Weihnachtszeit vom 18. bis 30. Dezember auf Eilsendungen, beschränkt werde.“

Referent Abg. Dr. Bürklin empfiehlt die Annahme dieser Resolution.

Abg. Singer (Sozd.): Den beständig wiederholten Wünschen des Reichstages hat der Staatssekretär stets nur ein geringes Entgegenkommen gezeigt. Namentlich die Unterbeamten erfreuen sich nicht der Fürsorge, die sie verdienen. Was der Herr Staatssekretär hier vorgeführt hat, entspricht ja den thatsächlichen Verhältnissen, nur hat der Staatssekretär vergessen, mitzuteilen, was die Postverwaltung nicht gethan hat. Die Erhöhung der Gewichtsgrenze für einfache Briefe ist immer noch nicht eingeführt, ebensowenig die Kartenbriefe. Die Reichspostverwaltung ist thatsächlich von Privatanstalten überholt worden. Die Blüte dieser Privatanstalten beweist, daß die Reichspostverwaltung nicht den Bedürfnissen voll entspricht. Die Reichspostverwaltung steht nur auf dem Standpunkte öder Plusmacherei und sucht nicht ihre alleinige Befriedigung in der Bewältigung des Verkehrsbedürfnisses. Der Staatssekretär sprach von dem wohlgenährten Unterbeamten, der sich ihm gestern vorgestellt hat. Er wird unter seinen Unterbeamten sehr viel hohläugige, überarbeitete und schlecht ernährte Gestalten finden. Die vorgeschlagene Resolution unterstütze ich. Man hat dieser Resolution den Einwand gegenübergestellt, sie führe zum puritanischen Sonntag. Die Resolution hat damit gar nichts zu thun. Wie die Leute den freien Sonntag verbringen, ist ganz gleichgiltig, die Hauptsache ist, daß sie den Sonntag frei haben. (Sehr richtig.) Ich sehe keinen Grund ein, warum sich die Reichspostverwaltung gegen die Annahme dieser Resolution wehrt, sie ist sehr gut durchzuführen. Die Sonntagsruhe der Beamten steht höher, als daß die Sonntagsgeburtstagskinder ihre Packete auch am Sonntag erhalten. Den Schalterbeamten wäre sofort ein freier Nachmittag zu schaffen, wenn die Schalterstunden Vormittags von 8–10 und 12–1 gelegt würden. Die Beamten senden uns fortwährend Klagen, daß trotz der Versicherungen seitens der Verwaltung im Reichstag es mit der Sonntagsruhe der Beamten noch sehr schlecht bestellt sei. Auf dem Gebiet der Anstellung existiert eine Reihe von Ungleichheiten, die im Interesse der Beamten beseitigt werden müssen. Wie sehr man noch im Kastengeist drinsteckt, beweist eine Anweisung über Urlaubsbewilligung. Den höheren Beamten wird Urlaub bis zu 14 Tagen, den Unterbeamten aber nur in besonders dringlichen Fällen bis zu 7 Tagen bewilligt. Warum dieser Unterschied? Durch besondere Verfügungen wird den Beamten das Urlaubnehmen obendrein ganz unmöglich gemacht. Dabei sollte doch jeder Beamter im Jahre einmal ausspannen dürfen. In vielen Privatgeschäften, namentlich in unserer Partei oder auch in anderen Kreisen sind Vorkehrungen getroffen, daß jeder Arbeiter eine Woche und mehr Urlaub erhält. In England ist das Urlaubssystem schon sehr ausgebreitet und es sollte der Postverwaltung, die in sozialer Fürsorge angeblich unübertroffen dasteht, nicht möglich sein, allen ihren Beamten einen Urlaub zu gewähren? Die Kautionen sind in letzter Zeit herabgesetzt worden, aber die Ueberschüsse der Beamten, die noch höhere Kautionen erlegt haben, nicht zurückgezahlt worden. Dieser Mißstand sollte doch bald beseitigt werden. Ein oft beregter Uebelstand ist die Verwendung von Militärpersonen in der Postverwaltung während der Weihnachtszeit. Bei der großen Arbeitslosigkeit ist es doppelt bedauerlich, wenn das Militär den Arbeitern Konkurrenz macht. Die Gründe der Verwaltung sind nicht stichhaltig, es giebt unter den Arbeitern genug zuverlässige Leute. Die Maßregelungen haben in der Verwaltung auch nicht aufgehört. Das Organ des Assistentenverbandes bringt wieder einige eklatante Fälle. Es ist ein Mißbrauch, wenn sich die Verwaltung um das Privatleben ihrer Beamten kümmert. Sie können doch nicht verlangen, daß die Beamten nur Vereinen beitreten, in denen von den patriotischen Mitgliedern dem Staatssekretär ein Hurra nach dem andern gebracht wird. Die Animosität gegen den Assistenten-Verband in der Verwaltung ist noch nicht geschwunden. Ich muß hier noch einen Vorfall besprechen, der hoffentlich dem Staatssekretär unbekannt ist. Es handelte sich um die künstlich hervorgebrachte Verehrung der Vorgesetzten. Die Beamten werden aufgefordert, sich ein Bild des Staatssekretärs anzuschaffen. Ich hoffe, der Staatssekretär hat von diesem Unfug keine Kenntnis; er hat aber die Verpflichtung, persönlich dagegen aufzutreten, daß den Beamten für solche Zwecke das Geld aus der Tasche gelockt wird. Es wird doch auch Beamte geben, die glauben, sie bringen sich in eine bevorzugte Stellung, wenn sie dieses Bild anschaffen; noch mehr Beamte wird es geben, die von der Nichtanschaffung des Bildes Nachteile für sich befürchten, umsomehr als durch Zirkularverfügung der vorgesetzten Behörden zum Kauf dieser Bilder aufgefordert wurde. Ich möchte schließlich noch einmal den Wunsch aussprechen, daß den Unterbeamten mehr Fürsorge geschenkt wird, daß den Tausend und Abertausenden Postproletariern ein menschenwürdiges Dasein geschaffen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Schädler (Ztr.) bedauert gleichfalls, daß die Reichspostverwaltung so wenig Entgegenkommen gegen die Wünsche des Reichstages zeige. Deshalb habe die Resolution auf Erweiterung der Sonntagsruhe im Packetverkehr wiederholt werden müssen. Wünschenswert erscheine seiner Partei die Beschränkung der Schalterstunden am Sonntag für den Postverkehr. Die Stunden des Hauptgottesdienstes müßten auf jeden Fall dienstfrei bleiben. Die Maßregelungen der Mitglieder des Postassistentenverbandes würden von allen Parteien des Hauses verurteilt, trotzdem kämen immer wieder Maßregelungen aus diesem Grunde vor. Auch die Bevorzugung der Militäranwärter im Postdienst sei beklagenswert. Redner wünscht, daß bei der Neuregulierung des Postzeitungstarifs nicht diejenigen Blätter geschädigt werden, deren Herstellungskosten an sich bedeutend höher seien, als die der billigen Blätter, denen durch die große Zahl ihrer Inserate bedeutende Einnahmen zufielen. Das Gewicht der Zeitungen müsse demnach berücksichtigt werden, nicht die Höhe der Abonnementsgelder.

Abg. Dr. Lingens (Ztr.) verteidigt die von der Kommission vorgelegte Resolution und tritt im übrigen für die Sonntagsruhe der Postbeamten ein.

Abg. Werner (Ant.) beklagt gleichsfalls das mangelnde Entgegenkommen des Staatssekretärs gegen die Wünsche des Reichstages. Wann wird das zulässige Gewicht für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm erhöht werden? Wann werden die Fernsprechgebühren von 150 auf 100 M. herabgesetzt werden? Wie steht es mit der Sonntagsruhe der Beamten? Ein Postdirektor ließ an einem Sonntag seine Beamten Briefe zählen und nachwiegen. Auch eine Sonntagsarbeit, die vielleicht deshalb vorgenommen wurde, weil der Assistentenverband an

---

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

46 (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Helene und Isabella nahmen sich getreulich der Freundin an — wie aber, wenn sie diese gutmütigen Seelen nicht gefunden hätte? Wenn ihre Reisegefährtinnen etwa jene Dirnen gewesen wären, in deren Begleitung das arme Mädchen nach Nischni-Nowgorod gebracht worden war? Sicherlich hätte sich keine von ihnen Mühe mit ihr abgegeben, sie wäre am ersten Tage verschmachtet.

Endlich kam der Abend und mit ihm die Station; auch der Arzt. Kopfschüttelnd untersuchte er die Kranke, während die Freundinnen angstvoll sein Gutachten erwarteten.

„Typhus“, rief er endlich lakonisch.

„Mein Gott!“ schrie Helene bestürzt.

„Ist ihr Zustand sehr gefährlich?“ fragte Isabella.

Der Arzt nickte.

„Selbst bei sorgfältigster Abwartung würde es fraglich sein, ob sie mit dem Leben davonkommt“, erwiderte er.

„Aber so —“

„Aber so? Bringt man sie nicht ins Lazaret?“

„O gewiß — aber nicht sofort. Die nächste Krankenstation ist vier Tagemärsche weiter drinnen. So lange muß sie auf dem Wagen bleiben.“

„Mein Herr, das ist grausam!“ rief Helene Machtet entrüstet.

Der Arzt klopfte ihr sanft auf die Schulter.

„Allerdings ist es nicht gerade menschenfreundlich“, entgegnete er mit ernster Freundlichkeit, „aber ich kann es so wenig ändern, wie Sie selbst. Es können nicht überall Krankenstationen eingerichtet werden. „Auch habe ich“, setzte er leiser hinzu, „diese Gesetze nicht gemacht.“

„Ich will Ihnen etwas sagen“, hub er nach einer kleinen Pause des Nachdenkens zu den jungen Damen an, „diese ist da sicher Ihre Freudin?“

Beide bejahten.

„So nehmen Sie sich ihrer nach Möglichkeit unterwegs an. Ich werde Ihnen einige Arzneien geben nebst erforderlicher Gebrauchsanweisung. Legen Sie ihr soviel Stroh und Zeug unter, als Sie auftreiben können, geben Sie ihr fleißig zu trinken, sorgen Sie für ein Bad, wo ein solches möglich ist. Wenn sie eine gute Konstitution hat —“

„Und auf der nächste Etappe bringen wir sie ins Lazaret, nicht wahr?“

„Thun Sie das, ja, obgleich sie sich schließlich auf dem Wagen noch besser befindet, als dort“, fügte er mit einem sarkastischen Lächeln hinzu, dessen Bedeutung Helene damals noch nicht verstand. —

Vier Tage mußte die Todkranke also noch, auf dem Wagen gebettet, den Zug auf seinem mühseligen Marsche begleiten, vier Nächte lag sie mitten zwischen den Gesunden in den Schlafsälen, ohne ein Bett, nur durch die eigenen Kleider geschützt und mit einigen Tüchern zugedeckt. Kein Wunder, daß ihr Zustand ein immer bedenklicherer, daß das Fieber immer heftiger wurde!

Helene und Isabella thaten für sie, was sie vermochten, aber das war unter den obwaltenden Verhältnissen wenig genug. Oft hielten sie mit Mühe die wild Phantasierende zurück, wenn sie versuchte, sich vom Wagen zu stürzen, geduldig ertrugen sie die Schmähungen der anderen Frauen, die ihren Zorn über die Störungen ihrer Nachtruhe den unzweideutigsten Ausdruck gaben.

Sophia war übrigens keineswegs die einzige Kranke im Zuge. Seit der Abreise von Jekaterinenburg waren von den 700 Zugehörigen des Transports nicht weniger als 60 erkrankt, wovon bereits acht gestorben waren — und dabei hatte man erst etwa die Hälfte des Weges zurückgelegt!

Jeder Tag, so fürchteten die Freundinnen, werde der armen Sophia letzter sein. Isabella, die ja frei war, hatte Felix die unglückliche Botschaft gebracht; auf das Tiefste erschüttert vernahm er dieselbe, in Verzweiflung über seine Ohnmacht, die ihm nicht gestattete, etwas für die Geliebte zu thun oder sie auch nur zu besuchen. Am dritten Tage nahmen die Fieberanfälle der Kranken einen so gefährlichen Charakter an, daß Helene weinend die Hände rang und Isabella leise für sie betete. Ihr Antlitz glühte wie Feuer, ihre Pulse drohten zu sprengen. Offenbar war die Krisis eingetreten, welche die Entscheidung über Tod und Leben bringen mußte. Kaum vermochten die Mädchen die Fieberde zu bewältigen, sie schrie nach ihrem Vater, ihrem Bruder, ihrem Verlobten, sie wollte fort, um ihre Lieben zu suchen —

„O Himmel, sie springt hinab!“ jammerte Helene, „meine Kräfte versagen!“

Wirklich, Sophia hatte sich losgerissen, sie wollte sich vom Wagen stürzen —

Isabella umfaßte sie krampfhaft mit beiden Armen.

Die Kranke wehrte sich mit verzweifelter Kraft —

Jetzt war sie frei —

„Sophia! Sie stürzt!“ riefen beide Mädchen zugleich.

Da — ein Aufschrei der Kranken — kraftlos sank sie zu Boden —

„Oh alle Heiligen, sie stirbt!“

Und schluchzend warf sich Helene auf die Bewußtlose nieder.

Doch Sophia sollte nicht sterben — noch war der Kelch der Leiden nicht geleert, noch einmal ging der knöcherne Sensenmann an ihr vorüber.

Nach kurzer Zeit erwachte die Leidende aus ihrer Ohnmacht, sie blickte um sich, erkannte ihre Gefährtinnen, doch nur wenige unverständliche Worte vermochte sie zu flüstern, dann sank ihr Köpfchen ermattet zurück und sie fiel in einen festen, wohlthätigen Schlaf.

„Sie ist gerettet,“ sagte Isabella mit glücklichem Lächeln.

Am Abend des nächsten Tages erreichte man Tobolsk, wo Helene sofort die Aufnahme der Kranken in das Gefängnislazaret erwirkte. Sophia befand sich ein wenig wohler, als man sie nach den Krankensälen transportierte, sie wußte, wohin man sie schaffte und freute sich auf das Lager in einem guten Bett — aber bestürzt fuhr sie zurück, als man sie über die Schwelle des Krankenzimmers trug. Welch' verpestete, entsetzliche Luft! Welche Unreinlichkeit.

„Hier soll ich bleiben?“ fragte sie schwach.

„Hier muß ein gesunder Mensch krank werden“, rief Helene, die sie begleitet hatte, zornig, wie viel Wahrscheinlichkeit ist da für einen Kranken, zu gesunden!“*)

*) Vergleiche Kennan, Sibirien I. 2. Kapitel.

(Fortsetzung folgt.)

diesem Tage Versammlung hatte. Endlich einmal müssen die leidigen Maßregelungen aufhören. Die Gratifikationen kommen in der Hauptsache den höheren Beamten zu gute; vielfach wird dabei nach Gunst verfahren. Gegen diese himmelschreienden Uebelstände müsse die Volksvertretung ihre Stimme erheben.

Von dem Abg. Dr. Lingens und Genossen liegt folgender Antrag vor: Der Reichstag wolle beschließen: „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf einzuwirken, daß in überwiegend katholischen Postbezirken an den Tagen Allerheiligen und Frohnleichnam den Postbeamten dieselbe Ruhe gewährt werde, wie an den Sonntagen".

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) bestreitet, daß das ganze Haus das Verhalten der Postverwaltung gegen den Assistentenverband verurteile. Er und die Rechte hätten die Postverwaltung vielmehr stets zu der Aufrechterhaltung der Disziplin beglückwünscht. (Sehr richtig! rechts.)

Schatzsekretär Graf Posadowsky: Die Erhöhung der Gewichtsgrenze für einfache Briefe, die Herabsetzung der Telephongebühren und die Reform des Zeitungstarifs würden einen Ausfall von 15 Millionen Mark verursachen, der durch Zunahme des Verkehrs durchaus nicht gedeckt werden würde. Der wirkliche Ueberschuß der Postverwaltung hat nach Abzug der Baukosten und Zinsen nur 18⅓ Million betragen. Erst wenn andere Einnahmen uns vom Reichstage zur Verfügung gestellt werden, sind wir in der Lage, auf diese 15 Millionen zu verzichten und uns mit dem geringen Betrage von 3 Mill. zu begnügen, der durch Gratisleistungen der Staatseisenbahn für die Post zum größten Teil noch aufgewogen wird. So lange den Einzelstaaten ihre Finanzlage noch die äußerste Einschränkung aufnötigt, können die Regierungen den Wünschen des Reichstages in dieser Hinsicht nicht nachkommen. Was die Reform des Postzeitungstarifs betrifft, so werden wir unsere Vorschläge demnächst dem Bundesrat vorlegen. Die leitenden Gesichtspunkte sind dabei, daß erstens die Abonnementsgebühr, zweitens aber auch das Gewicht der Sendungen berücksichtigt werden soll. Wir hoffen ihn nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit aufgestellt zu haben.

Abg. v. Jadzewski (Pole) beschwert sich darüber, daß in seine Heimat so viele Postbeamten gesandt würden, die nicht polnisch sprächen.

Staatssekretär Dr. Fischer: Die Vorwürfe, daß wir keine Rücksicht auf die Wünsche des Reichstags nehmen, sind vom Schatzsekretär bereits zurückgewiesen worden. Wir haben auch inbetreff der Sonntagsruhe alles mögliche gethan Wir haben z. B. den Schalterdienst am Sonntag Nachmittag auf eine Stunde beschränkt, ebenso ist der Begleitdienst auf den Eisenpostwagen wesentlich eingeschränkt worden. Die in der Resolution Lingens angeschnittene Frage wird von der Verwaltung mit Wohlwollen behandelt werden. Was die Klagen der Herren Singer und Werner betrifft, so schienen sie mir mehr mit der Lautheit der Stimmen als mit Thatsachen begründet zu sein. Die Dienstanweisung, die der Abg. Singer über die Urlaubverhältnisse vortrug, existiert nicht mehr, sie ist eine alte Dienstanweisung, die außer Kraft gesetzt ist. Es handelt sich aber nicht nur um Erholungsurlaub, sondern um Urlaub, der aus sonstigen Behinderungsgründen verlangt wird. Erholungsurlaub haben in Berlin im Vorjahre 86 pCt. der Unterbeamten erhalten. Die Rückzahlung der Kautionen ist nicht so einfach, wie sie sich der Abg. Singer vorstellt. Die Kautionen sind in Staatspapieren niedergelegt und lassen sich nicht so leicht einwechseln. Die Verwendung von Soldaten im Weihnachtsverkehr ist nicht bedeutend. Wir beschäftigen 3000 Hilfsarbeiter, ¾ sind davon aus dem Civilstande entnommen. Ueber den Postassistentenverband habe ich mich schon wiederholt ausgesprochen. Ich habe meine früheren Anschauungen nicht geändert, enthalte mich aber heute noch einmal, darauf zurückzukommen.

Abg. Hitze (Z.) hält eine weitere Beschränkung des Schalterdienstes am Sonntag Nachmittag, besonders was die Packetaufgabe und Packetausgabe anlangt, für sehr wohl angängig. Er empfiehlt die Kommissionsresolution und demnächst auch die Resolution Lingens zur Annahme.

Darauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Tagesordnung: Rest der heutigen Tagesordnung.

Schluß 5½ Uhr.

Deutsches Reich.

Berlin. Der geschäftsführende Elser-Ausschuß der konservativen Partei, welchem auch Stöcker angehört, hat folgenden Beschluß gefaßt.

„Der Ausschuß erachtet es für unverträglich mit den Interessen der konservativen Partei, daß ein Mitglied des Elser-Ausschusses enge Beziehungen zu der Zeitung „Das Volk" fortsetzt, welche die konservative Partei bekämpft.

Der Ausschuß nimmt Akt von der Erklärung des Hofprediger Stöcker, daß er diese Haltung des Blattes „Das Volk" durchaus mißbilligt und daß er eine den konservativen Interessen entsprechende Haltung desselben herbeizuführen beabsichtigt.

Der Ausschuß erwartet von dem Hofprediger Stöcker, daß er, falls ihm dies bis zur nächsten Sitzung des Elser-Ausschusses nicht gelingt, eine den Interessen der konservativen Partei entsprechende, unzweifelhafte Stellung einnehmen und dies öffentlich erklären wird."

Darauf antwortet das „Volk":

„Die Aktion der letzten Wochen, von der in der Presse so viel gesprochen wurde, ist also zunächst auf eine Kundgebung gegen das „Volk" beschränkt worden. Wir erklären darauf, daß wir es mit unserer Ehre für unvereinbar halten, uns dem Ultimatum der konservativen Parteileitung zu unterwerfen. Uns erfüllt das beruhigende Bewußtsein, daß wir von dem Erscheinen der ersten Probenummer des „Volk" an in ununterbrochenen harten Kämpfen, ohne auf Dank oder reichen Lohn zu rechnen, von der Ueberzeugung geleitet wurden, den wahrhaft konservativen und staatserhaltenden Grundsätzen auch dann zu dienen, wenn wir insbesondere in den großen sozialen Zeitfragen unsere abweichende Stellung von der maßgebenden konservativen Fraktionspolitik geltend machten, vor einem Zusammengehen mit den Vertretern einer staatsgefährlichen Klassenpolitik warnten und es für unsere wichtigste Aufgabe hielten, die Trägen und Gleichgiltigen aufzurütteln und soziale Erkenntnis zu verbreiten. Wir wollen gerne zugeben, daß in dem schweren Kampfe, den wir oft nach verschiedenen Richtungen hin führen mußten, auch unsererseits manches zu schroffe, verletzende Wort gefallen ist, daß also zuweilen in der Form gefehlt wurde. Was aber die von uns verteidigten Grundsätze betrifft, so glauben wir auf dem richtigen Wege gewesen zu sein, und werden wir auch in der Zukunft diese Grundsätze hochhalten und nach Pflicht und Gewissen mit aller Energie verteidigen. Das wollen wir insbesondere den Tausenden von eifrigen und thatkräftigen Patrioten und Mitstreitern versichern, die mit Liebe und Begeisterung zu ihrem Organ „Das Volk" stehen."

Hiermit haben sich die Junker jene sonderbaren Schwärmer, welche glaubten, mit dem Christentum innerhalb der konservativen Partei wirklich, wenigstens in sozialer Beziehung, Ernst machen zu können, endgiltig abgeschüttelt, Stöcker aber bleibt den Konservativen erhalten. Dieser Mann leidet an keinen christlichen Schwärmereien, der treibt praktische Hintertreppenpolitik.

— Kann Wehlan strafrechtlich verfolgt werden? Der Negerschinder Wehlan ist nach § 4 des Strafgesetzes ebenso strafbar, als wenn er seine Verbrechen im Inlande begangen hätte. Bei seinen Handlungen kämen folgende Paragraphen in Betracht:

§ 211. Wer vorsätzlich einen Menschen tötet, wird, wenn er die Tötung mit Ueberlegung ausgeführt hat, wegen Mordes mit dem Tode bestraft.

§ 229. Ein Beamter, welcher durch Mißbrauch seiner Amtsgewalt oder durch Androhung eines bestimmten Mißbrauchs derselben jemand zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung widerrechtlich nötigt, wird mit Gefängnis bestraft.

§ 240. Ein Beamter, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Amts vorsätzlich eine Körperverletzung begeht oder begehen läßt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

Ist die Körperverletzung eine schwere, so ist auf Zuchthaus nicht unter zwei Jahren zu erkennen.

§ 343. Ein Beamter, welcher in einer Untersuchung Zwangsmittel anwendet oder anwenden läßt, um Geständnisse oder Aussagen zu erpressen, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.

§ 345. Gleiche Strafe (Zuchthaus) trifft den Beamten, welcher vorsätzlich eine Strafe vollstrecken läßt, von der er weiß, daß sie überhaupt nicht oder nicht der Art oder dem Maße nach vollstreckt werden darf.

Recht muß Recht bleiben! ist jüngst wieder gesagt worden. Man wird abzuwarten haben, inwieweit im Falle Wehlan diesem Spruche nachgeahmt wird.

— Für seinen Pastorensozialismus sucht der Pfarrer Naumann die Lehrer einzufangen. In einem Pestalozzi-Artikel in seiner „Hilfe" schreibt er u. a.:

„Deutsche Lehrer, seht euch einmal die Bestrebungen der jüngeren „Christlich-Sozialen" an! Hier ist eine Richtung, die wie geschaffen ist für eure thätige Mithilfe. Zwar ist sie noch nicht zur Partei geworden, aber ihre Anhänger wachsen. Alles, was Arbeit heißt, kämpft gegen die Uebermacht von Zins und Rente. Versteht ihr dies nicht, die ihr täglich arme kleine Kinder um euch habt, denen man an den Gesichtern den Zoll ansehen kann, den ihre Väter an den Mammon zahlen? Habt ihr nicht auch manchmal das Gefühl, daß, wenn nicht ein starker Geist der sozialen Reform kommt, die heutigen Kinder sich später einmal vor Haß, Hunger und Wahn gegenseitig zerreißen werden? Es muß geholfen werden, die Staatsmacht muß gezwungen werden, den Weg sozialer Reform wieder einzuschlagen, der Oeffentlichkeit muß zugerufen werden: Umkehr oder Verderben! Der deutsche Lehrer aber sollte bei dieser Zukunftsarbeit nicht fehlen; denn Lehrer sind Diener des kommenden Geschlechts."

Das Letztere stimmt. Wenn sich aber die Lehrer den Satz „Alles, was Arbeit heißt, kämpft gegen die Uebermacht von Zins und Rente", recht gründlich überlegen, dann werden sie wohl zu der Ueberzeugung kommen, daß es nicht ratsam ist, daß sie sich von der Partei der Arbeit, der Sozialdemokratie, fernhalten und sich statt dessen abseits vom großen Kampfe, zu einer Gruppe pastörlich-sozialistischer Eigenbrödler schlagen.

Halle. Eine bemerkenswerte Ansprache an die Geschworenen hielt der Präsident des hiesigen Schwurgerichts in Halle, Landgerichtsrat Lebenheim. Der Bericht der „Saale-Zeitung" sagt darüber:

„Die Geschworenen wurden darauf hingewiesen, daß sie bei Ausübung ihres Amtes ganz wie der Berufsrichter mit voller Unparteilichkeit ihrer Pflicht der Rechtsprechung zu walten und sich nicht etwa von einer Voreingenommenheit vielleicht aus politischen Rücksichten leiten zu lassen hätten, daß z. B., wenn der Angeklagte der sozialdemokratischen Partei angehöre, dies bei Beurteilung seiner That durchaus außer Betracht zu bleiben habe und nicht etwa aus jenem Umstande ein Motiv hergeleitet werden dürfe, des Angeklagten Handlungsweise aus anderen als den geltenden rechtlichen Gesichtspunkten zu beurteilen oder ihn von vornherein als der fraglichen That verdächtig anzusehen. Es würde unrichtig sein, wenn man den Standpunkt einnehmen wolle, gegen Anhänger der sozialdemokratischen Partei in gewissen Fällen ein Vorurteil zu fassen lediglich aus dem Grunde dieser ihrer politischen Richtung, wie es auch ebenso unrichtig sei, sittlich bescholtenen Personen als Angeklagten ohne Weiteres schon wegen des Umstandes der sittlichen Bescholtenheit eine besondere Qualifikation zu einer strafbaren Handlung zuzutrauen. Nach neueren Erfahrungen habe es sich gezeigt, daß es notwendig erscheine, auf jenen Punkt hinzuweisen."

So bedauernswert das erscheinen mag, aber es ist in der That so: solche eigentlich selbstverständlichen Grundsätze eines

Ein Sang von 1871.

Der Dichter ist Prophet. Wenn er mit dem Volke fühlt und dessen Schmerzen belauscht, so hört er nicht allein den Pulsschlag seiner Zeit, sondern er stellt auch, gleich dem geschickten Arzt, die Prognose für die Zukunft. Er hört die Klagen der Armen und Enterbten, mag ihre Stimme erstickt sein unter eisernem Zwang oder unter dem Donner der Kanonen; er weiß, daß ihre Schmerzenslaute nachher um so gewaltiger die Welt durchzittern werden. Aber er sieht ebenfalls gleich dem Arzt das hippokratische Gesicht der herrschenden Gesellschaft, mag sie im rasenden Jubel den Tod auch noch so ferne wähnen.

1871. Das neue Reich stand aufgerichtet und alles schwamm in Wonne ob der gegenwärtigen und der kommenden Herrlichkeit. Auch seine Barden hatte das Reich gefunden. Die Geibel, Rittershaus und für Augenblicke sogar Freiligrath waren aus Volkssängern zu Anbetern der neuen Macht geworden und Dutzende kleinerer Geister priesen die Thaten und Erfolge der Kriegswaffen.

Das arbeitende Volk hatte nur einen Dichter behalten, der zwar in seiner Weise auch die Gegenwart besang, aber aus ihr die Zukunft prophezeite. Ob er recht geweissagt, mögen einige Proben aus seinen Liedern lehren, die wir heute, nachdem das Reich 25 Jahre alt geworden, zum Gedächtnis auslesen wollen. Herwegh sah das Junkerregiment, das unter Bismarck bald genug das Volk bedrücken sollte, heraneilen:

Das Blut von Wörth, das Blut von Spichern,
Von Mars la Tour und Gravelott',
Einheit und Freiheit sollt' es sichern,
Einheit und Freiheit? Großer Gott!

Ein Amboß unter Einem Hammer
Geeinigt wird Alldeutschland stehn,
Dem Rausche folgt ein Katzenjammer,
Daß euch die Augen übergehn!

Es wird die Fuchtel mit der Knute
Die heilige Allianz erneun,
Europa kann am Uebermute
Siegreicher Junker sich erfreun!

„Den Siegestrunkenen" schleuderte Herwegh einige Worte ins Gesicht, deren bittere Wahrheit sich nur zu bald bestätigen sollte:

Ach Einheit ist ein leerer Schall,
Wenn sie nicht Einheit ist im Guten,
Wenn ihr korintisches Metall
Uns mahnt an Krieg und Städtegluten;
Ach Einheit ist ein tönend Erz,
Wenn sie nur, pochend auf Kanonen,
Zu reden weiß an unser Herz —

Einheit des Rechtes ist kein Schild,
Der uns bewahrt vor Unterdrückung,
Nur wo als Recht das Rechte gilt,
Wird sie zum Segen, zur Beglückung,
Nur diese war's, die wir erstrebt,
Die Einheit, die man auf den Namen
Der Freiheit aus der Taufe hebt;

— — — — — — — — — —

Herwegh liebte sein Vaterland, für dessen Freiheit er einst mit der Büchse in der Hand gestritten, wie nur ein Mann Deutschland lieben konnte. Nicht Schadenfreude und Lärmsucht drückte ihm den Griffel in die Hand, sondern Zorn und Trauer darüber, daß die Einigkeit von 1871 eine ganz andere war, als die, die im Jahre 1848 vom Volke erkämpft werden sollte. Es warnt Germania:

Nach vierundzwanzig Schlachten liegt
Der Feind am Boden, überwunden;
Bis in die Stadt voll Blut und Wunden
Die keinen Retterarm gefunden
Brichst du dir Bahn — du hast gesiegt!
Germania, mir graut vor dir!

Mir graut vor dir, ich glaube fast,
Daß du, in argen Wahn versunken,
Mit falscher Größe fuchst zu prunken
Und daß du — — —
Das Menschenrecht vergessen hast.

— du sahst, wie Frankreich fiel
Durch einen Zäsar, sahst die Sühne
Vollzogen auf der Schreckensbühne
Deutschland, gedeihe, wachse, grüne
Geläutert durch dies Trauerspiel!

Ueber die Milliardengröße, die die Gründerzeit einleitete, spottete der Dichter:

„Seid umschlungen, Milliarden!"
Hör ich mit Begeisterung
Singen unsere Einheitsbarden!
Welche Federn, welcher Schwung,
Sah man jemals solche Beute

— — — — — — — — — —

Wir sind groß — ich leugn' es nicht.

Thöricht zwar ins Herz geschlossen
Hatt ich einst ein Ideal,
Das zerfetzt nun und zerschossen
Liegt im preußischen Spital.
Doch was kümmern uns die Wunden,
Die der Ruhm der Freiheit schlug,
Mag sie wie sie kann gesunden:
Wir sind groß — das ist genug!

So sang ein Volksdichter nach dem Kriege. Manches scharfe Wort fanden wir in seinen Verkündigungen. Wie wahr er aber gesprochen, das empfinden heute, nach 25 Jahren Millionen in unserem Vaterlande, die wahrlich nicht zu den schlechtesten seiner Bürger zählen. Und Aufgabe dieser Millionen ist es, dahin zu wirken, daß die Freiheit trotz alledem und alledem „gesunde", und daß dereinst in ihrem Sonnenglanze unser Deutschland wahrhaft

blühe, wachse, grüne!

Richters erscheinen im Jubeljahre des neuen deutschen Reiches als etwas sehr Bemerkenswertes, ja Aufsehenerregendes!

Kiel, 17. Jan. Der im Prozesse Wehlan von diesem der Trunkenheit beschuldigte und als unzuverlässig bezeichnete Belastungszeuge, Marinemaschinist Gebhardt, gegenwärtig in Kiel, beschwerte sich dieserhalb bei seinem zuständigen Vorgesetzten. Er wurde daraufhin von dem Stationschef, Viceadmiral Thomsen, vernommen, vor welchem er weitere Belastungsmomente gegen Wehlan vorbrachte.

Leipzig, 18. Jan. Eine für heute abend nach Pegau einberufene Protestversammlung gegen die Wahlrechtsverkümmerung, in der Landtagsabgeordneter Geyer referieren sollte, wurde vom Bürgermeister Heymann verboten, weil in der Tagesordnung die Mehrheit der Ständekammer beleidigt sei, weil es Zweck der Versammlung wäre unsittliche Handlungen zu begehen, und weil das Nationalfest gefeiert wurde und sich daher dringende Gefahr für die öffentliche Ordnung befürchten ließe. Beschwerde gegen das Verbot ist eingelegt.

Leipzig. Die Wahlrechtsliga ist am 18. Januar von der Leipziger Polizeibehörde aufgelöst worden.

München, 16. Januar. Im Finanzausschusse teilte der Justizminister mit, daß der Prinzregent genehmigt hat, die bedingte Verurteilung in Baiern versuchsweise einzuführen.

Nürnberg, 14. Januar. Eine interessante Frage wegen Verleihung des Heimatsrechtes schwebt dahier. Der Redakteur der sozialdemokratischen „fränkischen Tagespost", Oehme (ein Preuße), hatte im Jahre 1890 provisorisch das Heimatsrecht erworben; nunmehr hat er nach „A. Abdztg." das Gesuch gestellt, ihm das Zeugnis über die definitive Heimatserwerbung auszustellen, da er 5 Jahre ununterbrochen freiwillig hier seinen Aufenthalt genommen habe. Der Magistrat hat jedoch die Ausstellung des Zeugnisses abgelehnt, weil der Aufenthalt unterbrochen worden sei, da Oehme 3 Monate in Oberhaus zubrachte, woselbst er eine ihm wegen Beleidigung des deutschen Kaisers zuerkannte Gefängnisstrafe von 3 Monaten verbüßen mußte. Ob der Nürnberger Magistrat in solchen Fällen prinzipell das Heimatsrecht ablehnt oder nur den Sozialdemokraten gegenüber, wissen wir nicht.

Aus dem Auslande.

Süd-Afrika. Aus Prätoria wird gemeldet: Es sind jetzt Dr. Jameson und die Hauptanführer seiner Truppe an England zur Bestrafung ausgeliefert worden. Die Engländer unter der Truppe sind unter der einzigen Bedingung, daß sie sofort nach England eingeschifft werden, ebenfalls entlassen. Die aus den südafrikanischen Kolonien herstammenden Soldaten werden in kleinen Trupps an ihren Heimatsort befördert und bleiben straflos.

Partei-Nachrichten.

Aus Solingen wird gemeldet: Der sozialdemokratische Volksverein schloß den Reichstagsabgeordneten Schuhmacher und drei seiner Anhänger aus seiner Mitte aus.

Der rheinische Parteitag, welcher am 19. Januar in Solingen zusammentrat, hatte sich wiederum mit dem Solinger Parteigezänk zu befassen. Es war also sehr verfrüht gewesen, als Genosse Frantzen in Breslau dem Parteitag von der Solinger Einigkeit berichtete. Es sind abermals 6 Delegierte von Solingen gewählt worden, und mußte in der Nachmittagssitzung des Parteitages über die Ungiltigkeit von drei derselben verhandelt werden. Wir geben den Bericht nach der „Rh.-W. Arb.-Zeitung":

Die Mandatprüfungskommission erstattet Bericht. Es sind anwesend 90 Delegierte aus 62 Orten. 23 Wahlkreise sind vertreten. Ein Mandat aus Schlüden ist trotz Protest anerkannt. Es liegt dann ein Protest gegen die Wahl des Abg. Schuhmacher vor. Die Kommission hat diesen Protest ebenfalls verworfen. In Fortsetzung der Diskussion über den Bericht nimmt das Wort:

Frantzen-Solingen, der sich gegen die Agitationsweise Schuhmachers wendet. Redner wirft Sch. vor, er habe den Beschlüssen des Duisburger Parteitags zuwider gehandelt. Sowohl bei den Wahlen zum Breslauer Kongreß wie auch bei der Stadtratswahl habe Sch. mit Fleiß die Einigkeit gestört. Redner wird von den Zuhörern oft stürmisch unterbrochen, als er die Praktiken der Schuhmacherschen Richtung darlegt.

Schuhmacher-Solingen verteidigt sich gegen Frantzen. Er bezichtigt seine Gegner ebenfalls, die Duisburger Beschlüsse nicht hochgehalten zu haben. Das Parteiblatt thue seine Schuldigkeit nicht und ignoriere die ihm unliebsamen Leute. Das Blatt bekämpfe die alten Solinger Gewerkschaften und wolle die Genossen terrorisieren. Schuhmacher schließt unter Lärm der Versammlung.

Schaal-Solingen greift Schuhmacher heftig und unter Lärm der Anwesenden an. Er wirft ihm Unanständigkeit und Undisziplin vor.

Schröder-Köln wünscht Schluß der Debatte, dies wird abgelehnt.

Mehrere Redner sprechen sich gegen Schumacher aus.

Schumacher verteidigt sich unter dem Lärm der zahlreich erschienenen Zuhörer. (Der Vorsitzende fordert wiederholt die anwesenden Nichtdelegierten energisch zur Ruhe auf.) Der Lärm der Anwesenden wird so stark, daß Hengsbach-Köln den Antrag stellt, den Saal zu räumen. Der Vorsitzende Neumann ermahnt die Lärmer nochmals ernstlich.

Frantzen wendet sich nochmals leidenschaftlich gegen Schumacher und fordert den Parteitag auf, endlich Remedur zu schaffen.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Gewehr-Elberfeld wendet sich in ernster Weise gegen Schumacher, dem er die Schuld an den Zwistigkeiten giebt. Schumacher schürt auch den Streit über die Grenzen Solingens hinaus. Im ganzen Rheinland ist sein Wirken zu verspüren. Auch die „Rh. Ztg." hat Schuld an den Mißhelligkeiten. Gewehr verteidigt die Haltung der „Freien Presse" und wirft den Freunden Schumachers und diesem selber Intrigue vor. (Lärm der Versammlung.) Es ist hohe Zeit, daß man endlich in Berlin mit dem Abg. Schumacher ein ernstes Wort redet. (Lebhafter Beifall.)

Meist-Köln bedauert sehr die Zerwürfnisse in Solingen und stellt an den Parteitag die Frage: Sollen nur solche Genossen als Delegierte gewählt werden, die einer an ihrem Orte bestehenden politischen Organisation angehören?

Kösser-Elberfeld wendet sich scharf gegen Schumacher, der sich immer einen exklusiven Kreis von Genossen schaffen wolle (Schumacher macht wiederholt gereizte Zwischenrufe).

Die Debatte wird geschlossen.

Die Mandate von 3 Solinger Delegierten wurden für ungiltig erklärt. Die Mandate der städtischen Delegierten werden anerkannt. Dann gelangt zur Abstimmung ein Antrag aus Leichlingen, welcher lautet: Wir beantragen, den Abg. Schumacher für unwürdig zu erklären, einen Vertrauensposten zu bekleiden.

Auf Antrag Schumachers erfolgt namentliche Abstimmung.

Es stimmen für den Antrag Leichlingen 42 Delegierte, dagegen 32. Schumacher ist somit des Parteivertrauens für verlustig erklärt!

Schumacher erklärt, trotz aller Beschlüsse immer auf dem Boden des Programms zu stehen. (Lebhafter Beifall der Zuhörer. Großer Lärm.)

Zu Ende ist natürlich die Sache hiermit nicht, im Gegenteil, sie hat jetzt erst wieder ordentlich angefangen. Zweifellos wird der nächste Parteitag wiederum eine Siebener-Kommission einsetzen. O Solingen!!!

Genosse Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt hat die ihm im Gummischlauchprozeß als Redakteur des „Vorwärts" auferlegte fünfmonatliche Gefängnisstrafe verbüßt und ist gestern aus Plötzensee entlassen worden.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 18. Januar.

— **In der öffentlichen Zimmererversammlung,** welche am 17. Januar bei Turhorn stattfand, hielt Genosse Hoffmann einen lehrreichen Vortrag über die Notwendigkeit der Organisation. Eine Diskussion darüber fand nicht statt. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heute im Lokale des Herrn Turhorn tagende öffentliche Zimmererversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Hoffmann voll und ganz einverstanden und verspricht, mit allen uns gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln für die Stärkung des Verbandes deutscher Zimmerer zu agitieren, und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Mann der unsrige ist". Bericht über die Thätigkeit des Gewerkschaftskartells erstattete Garbers. Als Vertreter zum Kartell wurden Garbers und Kramer einstimmig wiedergewählt. Unter Verschiedenes ermahnte Genosse Czerny die Anwesenden, sich besser an der politischen Organisation zu beteiligen, da die Zimmerer bisher dort sehr schlecht vertreten waren. Mit einem Hoch auf den Verband der Zimmerer Deutschlands wurde die ziemlich gut besuchte Versammlung um 7 Uhr geschlossen.

— **Der Theaterklub „Vorwärts"** bot, wie uns berichtet wird, in seiner Theateraufführung am Sonntag kein besonders erhebendes Bild. Der Klub hat bekanntlich mit unserer Partei nicht das Geringste zu thun. Wir hatten bisher keine Veranlassung, dies öffentlich zu erklären, so wie wir ja überhaupt auch an den künstlerischen Leistungen desselben keine Kritik geübt haben. Er ist ein Klub von Dilettanten, welcher allerdings das hohe Eintrittsgeld von 40 Pfennigen für den von ihm dargebotenen Kunstgenuß nimmt und der über den Verbrauch seiner Einnahmen der Oeffentlichkeit keine Rechenschaft schuldig zu sein glaubt, dessen angebliches Streben aber, bildend und belehrend durch das Theater auf das Volk zu wirken, immerhin Anerkennung verdiente. Zwar schien uns auch hier, nach den Stücken, welche der Klub zur Aufführung brachte, zu schließen, das Wollen mit dem Vollbringen in schlechtem Einklang zu stehen. Indes nach einem römischen Dichter muß, wenn auch die Kräfte fehlen, dennoch der Wille gelobt werden. Am letzten Sonntag nun hat der Klub gezeigt, über was für bildende und belehrende Kräfte er verfügt: er bot den Zuschauern auf der Bühne, allerdings hinter dem Vorhange, doch so, daß jedermann es hören konnte, eine ganz solenne Schlägerei zwischen einzelnen Klubmitgliedern. Da nun der schöne Name „Vorwärts" doch in manchem die Vorstellung erwecken könnte, als habe der Klub irgend welche ideellen Beziehungen zu unserer Partei, so erklären wir hiermit ein für allemal, daß der Theaterklub „Vorwärts" mit der sozialdemokratischen Partei auch nicht das geringste zu schaffen hat.

— **Verhaftungen.** Gestern ist der Lehrling eines hiesigen größeren Geschäftes in Haft genommen worden, der geständig ist, seinem Principal seit August 1894 nach und nach Geldbeträge von 2—3 Mark in Gesamtsumme von etwa 800 Mark aus der Ladenkasse entwendet zu haben. In seinem Besitz wurden nur noch 20 Mark vorgefunden. — Im August d. J. leistete der Schlosser Ritzenhoff, Wörthstr., den Offenbarungseid, hat aber in dem vorgelegten Vermögensverzeichnis unterlassen, vorhandene Sachen anzugeben. Wegen dringenden Verdachts des Meineids wurde Ritzenhoff verhaftet und dem Gericht zugeführt.

Herford, 16. Jan. Der stellvertretende Bürgermeister, Regierungsassessor Dr. Bold aus Frankfurt a. O., hat gestern sein Amt angetreten.

Herford. Die Stadtverordnetenwahlen sind vom Oberverwaltungsgericht für giltig erklärt worden.

Siegburg. Aufsehen erregte hier die Verhaftung des Oberfeuerwerkers Nürnberg von der Siegburger Geschoßfabrik, der bei seiner Rückkehr von längerem Urlaub nach Erfurt unter Bedeckung in Siegburg eingeliefert wurde, weil er im Verdacht steht, militärische Zeichnungen, darunter solche von Geschützen, sowie deren Bedienung, angefertigt und verkauft zu haben. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen, nachdem die Behörde Spuren aufgefunden hat, wonach Nürnberg mit anderen Personen in lebhafter Korrespondenz gestanden. Bei seiner Verhaftung wurden wichtige Schriftstücke beschlagnahmt.

Witten. Auf Zeche „Walfisch" verunglückte während der Frühschicht der jugendliche Bergmann Wilhelm Sch. Beim Umkippen von Wagen stürzten die Steinmassen auf denselben, infolge dessen Sch. bald darauf starb.

Essen. Auf Zeche Graf Beust gingen 2 Bergleute mit offener Lampe, von welcher sie den Sicherheitskopf und das Glas entfernt hatten, vor Ort, wodurch sich schlagende Wetter entzündeten. Der eine Unvorsichtige wurde derart zugerichtet, daß ihm das Fleisch in Fetzen herunterhing, der andere wurde weniger schwer verletzt. Dieser Vorfall möge den Bergleuten wieder zur Mahnung dienen, nicht durch Leichtfertigkeit ihr Leben zu gefährden.

Gewerkschaftsbewegung.

Glasgow, 18. Jan. Die Schiffsbauarbeiter am Clyde haben die Vorschläge der Werftbesitzer betreffend die Beendigung des Ausstandes angenommen, während die Belfaster Schiffsbauarbeiter mit 578 gegen 127 Stimmen die Vorschläge der Arbeitgeber verwarfen. Der Ausstand der Belfaster Arbeiter dauert daher fort.

Soziales.

Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft. Es ist längst bekannt, daß die Unternehmer in der Konfektionsbranche es zu einer besonderen Virtuosität in der Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft gebracht haben; nur noch außergewöhnliche Fälle von Lohnsklaverei können deshalb die öffentliche Aufmerksamkeit erregen. Einen solchen Fall stellt aber ein Vertrag vor, den die „Schwäb. Tagwacht" aus Balingen in Württemberg veröffentlicht:

„Näh-Vertrag."

Ich Unterzeichnete verpflichte mich hiermit, daß ich das ganze Jahr 1896 für die Firma C. F. Behr nähen werde und jede Woche . . . Dtzd. . . . Waare abliefere.

Ich verpflichte mich, dies gegen eine Konventionalstrafe von 10 M. genau einzuhalten.

Es entschuldigt blos Krankheit oder Todesfall.

Balingen.

Ich trete für meine . . . . . ein, daß sie das ganze Jahr nähen wird und verpflichte mich, die Konventionalstrafe unweigerlich zu bezahlen."

Anerkennenswert ist die Großmut des Kapitalisten, der der Näherin gestattet, doch wenigstens im Todesfalle ohne Konventionalstrafe vom Vertrage zurückzutreten. — Das gute Herz!

Kirche und Schule.

Ein entlassener Gymnasiast. Man schreibt der „Berl. Volksztg.": Gegen den Oberprimaner K. in Kattowitz war im Sommer vorigen Jahres bei dem Direktor des dortigen Gymnasiums eine Denunziation eingegangen, nach welcher sich K. „polnischer Umtriebe" schuldig gemacht haben sollte. In der Denunziationsschrift war, wie Direktor Müller dem K. eröffnete, die Behauptung aufgestellt worden, daß er, K., sich in demonstrativer Weise der polnischen Sprache bediene, daß er mit Agitatoren für die großpolnische Bewegung in Krakau verdächtigen Verkehr unterhalte, und daß er an der Spitze einer polnischen Vereinigung stehe, die zweimal wöchentlich ihre Sitzungen abhalte. „Ich kann Ihnen die Versicherung geben", so soll Direktor Müller sich dem Beschuldigten gegenüber geäußert haben, „daß Sie hier niemals das Abiturientenexamen machen werden, und wenn Sie noch so lange hier bleiben. Wenn Sie von der Anstalt entfernt werden, so können Sie sich bei den höheren Instanzen beschweren."

Der Primaner K., der kurz vor dem Examen stand, bestritt entschieden die Wahrheit der gegen ihn vorgebrachten Beschuldigungen, und bat den Direktor, ihm den Verfasser der Denunziationsschrift zu nennen, damit er diesen zur Zurücknahme der Beschuldigungen veranlassen, eventuell ihn gerichtlich belangen könne. Der Direktor nannte daraufhin den Gendarmen Dzieniszewski in einem benachbarten Dorfe als den Urheber der Beschuldigungen gegen K. Von K. zur Rede gestellt, gab der Gendarm an, er habe das Schreiben an den Direktor Müller auf Veranlassung des Grenzkommissars Mädler gerichtet. Er habe aber weiter nichts behauptet, als daß K. gut polnisch spreche und daß er viel mit Anhängern der großpolnischen Sache verkehre.

Wenige Tage darauf entfernte Direktor Müller den K. vom Gymnasium; in dem Abgangszeugnis war als Grund der Entlassung des K. seine Teilnahme an der großpolnischen Agitation angegeben. Gendarm D. hingegen verklagte den K. wegen Beleidigung, weil ihm K. in der vorerwähnten Unterredung mit einer Denunziation bei dem Staatsanwalt gedroht habe. Am 28. Dezember stand Termin in dieser Angelegenheit vor dem Schöffengericht in Kattowitz an. Die Verteidigung des Primaners K. hatte der Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Radwanski aus Pleß übernommen. Er hob hervor, daß die Dinge, deren man den K. verdächtige, durch nichts bewiesen seien. Man habe einen begabten, fleißigen Jüngling, der kurz vor dem Examen gestanden, vom Gymnasium entfernt und dadurch seine ganze Zukunft zertrümmert, denn in dem Abgangszeugnis habe man ihn so geschildert, daß ihn kein Gymnasium in Preußen mehr aufnehme. Wie man dem K. einen Vorwurf daraus machen könne, daß er sich mit Vorliebe der polnischen Sprache bedient habe, sei ganz unbegreiflich. K. sei von Geburt Pole und seine Familie verstehe nur polnisch; da sei es doch sein heiliges Recht und seine Pflicht, in der polnischen Sprache sich zu vervollkommnen, damit er sich mit seiner Familie verständigen kann. Der Angeklagte habe auch den Gendarmen durchaus nicht beleidigt. Er habe nur seine bedrohte Zukunft verteidigt.

Auf jeden Fall habe er lediglich in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Und wenn er dem Gendarmen D. etwas schärfer gegenübergetreten sei, als gerade notwendig gewesen wäre, so sei doch zu erwägen, daß er sich thatsächlich, nach dem, was ihm von dem Direktor Müller gesagt worden sei, von dem Gendarmen für zu Unrecht bezichtigt habe halten müssen. Daß der Direktor von Dingen gesprochen habe, die der Gendarm von dem Angeklagten garnicht behauptet habe, das habe K. eben nicht wissen können. Das Gericht schloß sich den Ausführungen der Verteidigung an und sprach den Angeklagten kostenlos frei, während der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 30 Mark event. 10 Tagen Gefängnis beantragt hatte.

Mit dieser Freisprechung ist dem jungen Manne indessen an sich wenig gedient. Mit seiner Entfernung von der Schule wäre seine Zukunft, wie der Verteidiger richtig hervorgehoben hat, thatsächlich vernichtet. Wir hoffen indessen im Interesse des schwer geprüften jungen Mannes, daß die vorgesetzten Behörden, das Provinzialschulkollegium und event. das Ministerium, an welche er sich ohne Zweifel wenden wird, ihm den Wiedereintritt in eine andere Anstalt ermöglichen werden.

Militärisches.

Das Militärgericht verurteilte den Leutnant Schoesser in München, der in der Sylvesternacht dem Sergeanten Zech die von letzterem geforderte Patronille mit scharfen Patronen ins Pschorrbräu mitgab, zu dreißig Tagen Stubenarrest. Damit hat das eigenmächtige Vorgehen von Militärpersonen gegen Civilisten, das in München so peinliches Aufsehen erregte, wenigstens schnell seine Sühne gefunden.

Vermischtes.

Bremerhaven, 17. Jan. Der englische Dampfer „Drumelzier", von New-Orleans kommend, und die deutsche Bark „Möwe", letztere auf der Fahrt nach Harburg, stießen gestern in der Nordsee zusammen. Die Bark sank. Die ganze Besatzung derselben wurde von dem Dampfer aufgenommen und hier gelandet.

Landgerichtsdirektor Brausewetter ist am Sonnabend Nachmittag in der Nervenheilanstalt des Herrn Dr. Scholius in Pankow unerwartet rasch gestorben. Seit dem Selbstmordversuche, den er bereits vor etwa 14 Tagen in dem Gnauck'schen Sanatorium, in welchem er zuerst untergebracht worden war, unternommen hatte, verschlechterte sich sein Befinden rapide. Während der letzten Tage lag der Patient in einem hitzigen Fieber; der Tod erfolgte in einem Zustande des heftigsten Deliriums. Auf dem Ordensfeste am Sonntag erhielt er noch nachträglich den roten Adlerorden vierter Klasse.

Mannheim, 18. Januar. Das hiesige Schwurgericht verurteilte heute den Pfarrer Dekan a. D. Wilhelm Einwächter aus Hüffenhardt wegen Unterschlagung von 37 000 M. Kirchengeldern zu 7 Jahren Gefängnis. Es wurde festgestellt daß die Unterschlagungen sich über einen Zeitraum von mehreren Jahren ausgedehnt hatten. Die Verschleierung seiner unredlichen Kassenführung war dem Angeklagten durch eine höchst mangelhafte Kontrolle möglich geworden.

Briefkasten der Redaktion.

Wettende. Meineid verjährt in 20 Jahren.

F. G. 12. Wir haben keine frühere Anfrage von Ihnen erhalten. Die Adresse des „Sozialist" ist uns unbekannt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Inserate werden nur gegen Barzahlung aufgenommen.

Bekanntmachung.

Behufs Aufstellung der Militär-Stammrollen für 1896 werden alle diejenigen, im hiesigen Stadtgebiet sich aufhaltenden Militärpflichtigen, welche

1. während des Jahres 1876 geboren sind,
2. dieses Alter bereits überschritten, aber sich noch nicht vor einer Ersatz-Aushebungsbehörde gestellt,
3. sich zwar gestellt, über ihr Militär-Verhältnis aber noch keine endgiltige Entscheidung erhalten haben,

hierdurch aufgefordert, sich bei Vermeidung der gesetzlichen Strafen in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar d. Js. in dem hiesigen Rathause, Zimmer Nr. 11, unter Vorlegung ihrer Losungsscheine, die nicht in hiesiger Stadt geborenen Militärpflichtigen des Geburtsjahres 1876 unter Beibringung eines Geburtsattestes zu melden. Für die zeitig abwesenden Militärpflichtigen müssen deren Eltern, Vormünder, Lohn- oder Brotherren die Anmeldung bewirken.

Bielefeld, den 2. Januar 1896.

Der Magistrat.

Naturheil-Verein Bielefeld.

Donnerstag, den 23. Januar, abends 8½ Uhr,
im Vereinshause (Altst. Kirchplatz):

VORTRAG

der Frau **Clara Muche** über:

Die weibliche Kleidung, wie sie ist und wie sie sein soll.

Nur für Damen. [140*

Eintritt 50 Pfg. für Nichtmitglieder. Mitglieder frei gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Stiftungsfest am 15. Februar.

Papenmarkt 7. **Geschäfts-Eröffnung.** Papenmarkt 7.

Eröffnete heute ein [144*

Fleisch-, Fett- und Fischwaren-Geschäft.

Indem ich meiner geehrten Kundschaft **gute, reelle und saubere Bedienung** zusichere, bitte ich, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, und zeichne

Hochachtend

Julius Cordes.

Zur Massenverbreitung!

Soeben ist in dritter Auflage erschienen und in der **Buchhandlung „Volkswacht"** zu haben:

Prozeß Liebknecht in Breslau.

Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung vor dem Landgericht zu Breslau am Donnerstag, den 14. November 1895.

Mit einem Vor- und Nachwort von W. Liebknecht.

Preis **10** Pfg. (Porto 3 Pfg.)

Dieser Prozeß ist in der Fülle der gegenwärtigen Majestätsbeleidigungs-Anklagen typisch; die Bedeutung der Broschüre erhellt am besten daraus, daß in vierzehn Tagen bereits drei Auflagen nötig wurden.

Der Septemberkurs vor dem Reichstag.

96 Seiten Großoktav. Preis **15** Pfg.

Die Bebelsche Etatsrede hat der diesjährigen Etatsdebatte ihre politische Bedeutung gegeben und diese zu einer Diskussion über die Sozialdemokratie und den Septemberkurs gestaltet. Die Sedanhetze, die Majestätsbeleidigungs-Prozeß-Epidemie, die neueste Regierungspolitik wird hier vor dem Richterstuhl der Oeffentlichkeit abgehandelt und ist daher diese Sammlung der in stenographischem Wortlaut wiedergegebenen Reden der Abgeordneten Bebel, Barth, Haußmann, Stumm rc., des Reichskanzlers, des Kriegs- und des Justizministers von weitergehendem Interesse.

In der Buchhandlung „Volkswacht" ist vorrätig:

Ratschläge zur Leitung von Versammlungen.

48 Seiten mit Umschlag.

Preis 20 Pfennige.

Die Anschaffung ist den Vorständen aller politischen und gewerkschaftlichen Vereine warm zu empfehlen.

aus gutem, federdichtem Barchend
und mit doppelt gereinigten Federn gefüllt
zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Fertige Betten

Gladbacher Fabrik-Lager

Obernstraße **35.** **Heinr. Hirz,** gegenüber der kathol. Kirche.

142

Fernrohre per Stück 3,20 Mk.

Mit 4 feinen Linsen und 3 Auszügen.
Starke Vergrösserung
unter Garantie!
Jedes Fernrohr, welches nicht gefällt, nehmen sofort retour.
Preis-Katalog
sämtlicher **optischer Waren,** aller Arten **Messer, Scheren, Schuss-, Hieb-** und **Stichwaffen** versenden an Jedermann gratis und franko.

81 **Kirberg & Comp., Gräfrath** bei Solingen.

Empfehle mich als [141*
Kleidermacherin
für in und außer dem Hause, und bitte um geneigten Zuspruch.
Hermine Wolter,
Am Güterbahnhof 19.

Fort mit Soda, Fort mit allem Seifenpulver

Wächter's Bleich- und Reinigungs-Mittel geht allen voran In allen Staaten patentiert D. R.-P. Nr. 81070. [107

Zu haben für den Haushaltungsgebrauch bei Herrn Kaufmann.

Arnold Fricke.

Quittungsmarken
in allen Größen und Farben zum Quittieren der Beiträge für Vereine und Krankenkassen, (bestes Kontrollmittel für Kassierer) liefert in saubersten Ausführung die
Buchdruckerei der „Volkswacht".

Handnäherin auf sofort gesucht.
43*] Ritterstraße 31.

Die gestern erfolgte glückliche Geburt eines gesunden
Jungen
zeigen hocherfreut an [145*
Carl Drees und Frau
geb. Reineke.
Bielefeld, 21. Januar 1896.



Soeben ist erschienen und in der Buchhandlung „Volkswacht" vorrätig

Ein neues lustiges Lied mit Illustrationen.
—
Preis **10** Pfg.

Soeben ist erschienen bezw. im Erscheinen ist begriffen und durch die Buchhandlung **„Volkswacht"**, Bielefeld, Schulstr. 20, zu beziehen:

W. Liebknecht's
Volks-Fremdwörterbuch.
Siebente Auflage.
Neu bearbeitet, berichtigt und vermehrt.
Komplett in 13 Heften à 20 Pfg.

Volks-Lexikon.
Nachschlagebuch für sämtliche Wissenszweige
mit besonderer Berücksichtigung der
Arbeiter-Gesetzgebung, Gesundheitspflege, Handelswissenschaften, Sozialpolitik. Nebst General-Register.
Unter Mitwirkung von Fachschriftstellern herausgegeben von
Emanuel Wurm.
Erscheint in Heften à 20 Pfennige.
Bisher erschienen Heft 45.

In der Buchhandlung der **„Volkswacht"** sind folgende billige Ausgaben
für Arbeiter und Vereine nützlicher Gesetze
stets vorrätig.

Die deutschen Reichsgesetze. Billige Volksausgabe. 3 Bände . . . . . geb. M. 12,—
Gesetz, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter. Nebst Anhang: Das Hilfskassengesetz . . . . . „ —,25
Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen . . . . „ —,15
Entwurf des Statuts einer Orts- und Fabrik-Krankenkasse . . . . . „ 1,—
Unfallgesetz, Das, vom 27. Juni 1884. Mit Anhang I und II . . . . . kart. „ 1,60
Gewerbeordnung, Die, für das deutsche Reich. Komplette Text-Ausgabe mit den neuesten Abänderungen und Kommentaren versehen . geb. „ 1,—
Gesetz, betr. die Gewerbegerichte . . . . . „ —,10
Deutsche Konkurs-Ordnung, nebst Einführungsgesetz, dem preußischen Ausführungsgesetz und dem Anfechtungsgesetz . . . . . kart. „ —,60
Strafgesetzbuch für das deutsche Reich . . . geb. „ —,60
Deutsche Strafprozeß-Ordnung nebst Einführungsgesetz geb. „ —,80
Deutschen Vereinsgesetze, Die, Text mit Anmerkungen von Dr. Herm. Lisco . . . . . kart. „ 1,80
Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung (Text-Ausgabe) . . . . „ —,30
Strafprozeß-Ordnung nebst Preßgesetz (Text-Ausg.) kart. „ 1,—
Das Reichsgesetz über den Unterstützung-Wohnsitz mit preuß. Ausführungsgesetz . . . . . „ 2,—
Deutsche Zivilprozeß-Ordnung nebst Einführungs- und Ergänzungs-Gesetz . . . . . kart. „ 1,20
Invaliden- und Alters-Versicherungs-Gesetz . . kart. „ —,50
Erläuterung zum Invaliden- und Alters-Versicherungsgesetz . . . . . „ —,20
Verfassung des Deutschen Reiches. (Mit Anmerkungen) kart. „ 1,—
Verfassung des Deutschen Reiches. (Text-Ausg.) kart. „ —,15

Sämtliche Boten und Filial-Expeditionen der „Volkswacht" nehmen Bestellungen entgegen.